

Bekanntmachung

Inkrafttreten des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 102 „Ferienresort Am Ziegenberge“ im OT Buntenbock zugleich Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 43 „Harzer Ferienhäuser“

Der Rat der Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld hat am 4. Dezember 2025 in öffentlicher Sitzung den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 102 „Ferienresort Am Ziegenberge“ nach § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung und zugleich die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 43 „Harzer Ferienhäuser“ beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 102 „Ferienresort Am Ziegenberge“ ist aus dem mitveröffentlichten Übersichtsplan ersichtlich. Er entspricht der Fläche innerhalb des gestrichelten Umrisses. Maßgebend ist der Lageplan des Bebauungsplanes.

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 102 „Ferienresort Am Ziegenberge“ tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung und der Zusammenfassenden Erklärung im Bauamt der Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld, Am Rathaus 1, im 1. OG, Zimmer 60, während der allgemeinen Öffnungszeiten (Montag, Dienstag und Freitag von 8.30 - 12.00 Uhr und Donnerstag von 8.30 - 12.00 sowie 14.00 - 17:00 Uhr) eingesehen werden. Jeder Interessierte kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

Auf § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB die Fälligkeit und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen betreffend, wird hingewiesen. Danach erlischt ein Entschädigungsanspruch, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Abs. 3 Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Außerdem wird auf § 215 BauGB über die Frist zur Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften hingewiesen. Danach werden unbeachtlich:

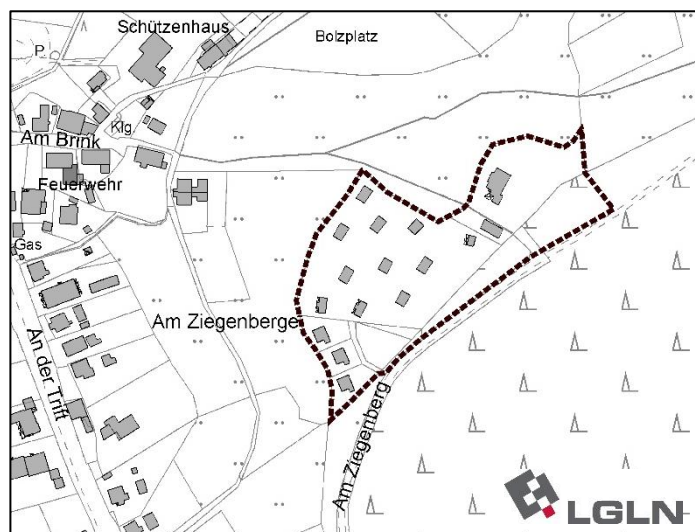
1. eine beachtliche Verletzung der in § 214 Abs.1 Satz 1 Nr. 1 - 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
2. eine beachtliche Verletzung gem. § 214 Abs. 2 BauGB bezgl. der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel der Abwägung,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

Fabian Gerstenberg

Veröffentlicht in der GZ vom 22.4.2026



Übersichtskarte ohne Maßstab